**22 Milliarden Mietsubventionen. Es fehlt ein Mietendeckel und mehr sozialer Wohnungsbau**

Die Kosten für die individuelle Subventionierung von Wohnkosten stiegen 2024 auf das Rekordniveau von über 22 Milliarden Euro und steigen 2025 vermutlich noch weiter auf 23 Milliarden Euro. Das geht aus der Antwort der Bundesregierung auf eine Anfrage der Sprecherin für Mieten- und Wohnungspolitik der Linken im Bundestag, Caren Lay, hervor.

Aktuell hat Kanzler Merz angekündigt, die Wohnkostenübernahme für Bürgergeldbeziehende zu überprüfen und eventuell zu kürzen.Caren Lay entgegnet: *„Die ausufernden Mietsubventionen sind das Ergebnis der Politik der CDU - die seit Jahren eine Deckelung der Mieten verhindert und nicht in öffentlichen Wohnungsbau investiert. Wohngeld- und Bürgergeldempfänger sind nicht die Schuldigen, sondern Opfer dieser Politik. Bereits jetzt reichen die von den Jobcentern übernommenen Mietsubventionen für Hunderttausende nicht, um die Miete zu zahlen. Anstatt den Schwächsten nun in die Tasche zu greifen, brauchen wir einen Mietendeckel und ein Investitionsprogramm in öffentlichen Wohnungsbau nach Wiener Vorbild.“*

Mit 22 Mrd. Euro im Jahr 2024 erreichen die Subventionen für Wohngeld und Kosten der Unterkunft eine neue Rekordhöhe. Diese Subjektförderung von Mieten und Wohnkosten steigt seit Jahren stark an. 2021 lagen sie bei 18,5 Mrd. Euro (Wohngeld- und Mietenbericht) und 2023 bei 20 Mrd. Euro. Grund sind die steigenden Mieten und die Tatsache, dass große Wohnungskonzerne die staatlichen Subventionen systematisch ausnutzen.

Nachhaltiger wären Investitionen in Sozialwohnungen, die 2024 mit maximal sechs Milliarden Euro nur ein Viertel der Mietkostensubventionen betrugen. Davon gab der Bund nur 3,15 Milliarden Euro an Förderung. Im aktuellen 500 Milliarden Investitionsprogramm ist kein einziger Euro für sozialen oder öffentlichen Wohnungsbau vorgesehen.

Die von Konservativen seit Jahrzehnten gepredigten Mietsubventionen („Subjektförderung“), finanzieren nicht selten Mieten, die als überhöht gelten oder sogar Mietwucher sind - und damit eigentlich verboten sind. Steuergeld wandert so in die Taschen von Großkonzernen und wird als Dividende an Aktionäre ausgeschüttet.

*„Es braucht einen bundesweiten Mietendeckel, damit nicht Wohn- und Bürgergeld die maßlosen Mieterhöhungen privater Vermieter finanzieren. Merz muss endlich den Weg frei machen für eine erleichterte Verfolgung von illegal überhöhten Mieten, wie es selbst Markus Söder und der Bundesrat fordert, denn an Bürgergeldbeziehende werden besonders oft unzulässig hohe Mietforderungen gestellt“,* so Lay.

Caren Lay weiter:

*„Die Wohnungspolitik der Bundesregierung setzt die falschen Prioritäten. Stagnation beim Sozialen Wohnungsbau stehen Rekordsummen für die Mietsubvention gegenüber. Hier müssen wir umsteuern: 20 Mrd. Euro im Jahr müssen in sozialen und gemeinnützigen Wohnungsbau investiert werden. Nur so können die Ausgaben für Mietsubventionen wieder sinken.“*

Die Rechnungen

**2024**:

Wohngeld 4,68 Milliarden Euro + 17,395 Milliarden Euro (Bund 12,360 + Faktor 1,407362 der Kommunen) = 22,075 Mrd. Euro

Soziale Wohnungsbauförderung des Bunds 3,15 Mrd. € \* 2 (Länderanteil)   
= 6,3 Mrd. €.

**2025**:

Wohngeld 4,72 + 18,296 Mrd. € (13,00 Bund + selber Faktor 1,407362 der Kommunen angenommen) = 23,016 Mrd. €

Soziale Wohnungsbauförderung des Bunds 3,5 Mrd. € \* 2 (Länderanteil)   
= 7 Mrd. €.